



AMERIKA/ARGENTINIEN - Leiter der bischöflichen Kommission für Soziales: „Es muss mehr für die Armutsbekämpfung getan werden“

Buenos Aires (Fidesdienst) – „Die Kirche ist besorgt, was die im Land weit verbreitete Korruption anbelangt“, so der Leiter der Kommission für Soziales der Argentinischen Bischofskonferenz, Bischof Jorge Lozano von Gualeguaychu, nach einem Treffen mit dem Generalsekretär der Gewerkschaft „CGT Azul y Blanco“. Der Bischof erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass Argentinien in Lateinamerika das Land mit dem höchsten Korruptionsniveau ist und betont „es handelt sich nicht um ein neues Phänomen der heutigen Zeit, sondern die Wurzeln reichen weit in die Vergangenheit zurück“.

Im Rahmen einer Pressekonferenz würdigte Bischof Lozano die Arbeit der Regierung und der Gewerkschaften: „Viel wurde bereits für die Bekämpfung der Armut getan, doch es muss noch mehr getan werden“.

In einer Verlautbarung, die dem Fidesdienst vorliegt, erinnert Bischof Lozano auch daran, dass „Viele Menschen bereits aus einer Situation der Armut herausfinden konnten, doch es gibt noch viel zu tun, denn der erreichte Wohlstand reicht noch nicht aus und er ist nicht gerecht verteilt“. Der Leiter der bischöflichen Kommission für Soziales betont außerdem dass „fast die Hälfte, derer, die einen Arbeitsplatz haben nicht angemeldet sind und deshalb auch keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben; sie haben niedrige Gehälter und werden manchmal wie Sklaven behandelt. „Wir müssen noch mehr im sozialen Bereich tun und deshalb möchte die Kirche zum Dialog zwischen den beteiligten Parteien anregen, damit bessere Wege zur Überwindung der Krise gefunden werden“, so der Bischof abschließend.

Argentinien gehört zu den Ländern, in denen die Armutsbekämpfung in der Region am erfolgreichsten durchgeführt wurde: sie konnte im 2,7% pro Jahr reduziert werden. In Lateinamerika gibt es nach offiziellen Schätzungen im Jahr 2010 rund 177 Millionen arme Menschen, d.h. 31,4% der Bevölkerung. Davon leben rund 70 Millionen in extremer Armut. (CE) (Fidesdienst, 14/04/2012)